

Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz der AG für Akzeptanz und Gleichstellung der SPD Berlin
(SPDqueer Berlin)

vom 8. April 2017

A.-Brandes-Saal der IG Metall, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Inhaltsverzeichnis	Seite
<u>A: Anträge</u>	
<u>A 1</u> – Beschluss zu Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) Gesundheit	3
<u>A 2</u> – Beschluss Fragenkatalog an die Berliner MdB Bundestagswahlkampf 2017	5
<u>A 3</u> - Änderungsantrag zum Antrag aus Pankow „Verankerung der Akzeptanzförderung von Vielfalt im Berliner Schulgesetz	7
A 4 - Resolution Wir schreien es laut: „Hört auf mit der Verfolgung von Homosexuellen in Tschetschenien!“	9

B: Nachwahlen

B 1 – Wahl Stellvertretung des Vorsitzes der AG SPDqueer Berlin

Christopher Jäschke wurde mit 30 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen
gewählt, abgegebene Stimmen: 37

B 2 – Wahl von Kreisvertretern im Landesvorstand Für Steglitz-Zehlendorf wurde

Jens Kasten mit 35 Ja-, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen gewählt, abgegebene
Stimmen 38

Für Treptow-Köpenick wurde

Sven Schmohl mit 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen gewählt, abgegebene
Stimmen 38

Für Reinickendorf wurde

Gurban Alakbarow mit 36 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung gewählt,
abgegebene Stimmen 38

C – Nominierungen für Bundesparteitagsdelegierte

Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat Petra Nowacki und Rolf
Wiegand als Bundesparteitagsdelegierte nominiert.

1 **Antrag A1: Antrag zur Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP)**

2 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

3 Berlin ist 2016 der „Fast-Track Cities Initiative to End AIDS“ beigetreten, einem
4 weltweiten Zusammenschluss von mehr als 50 Metropolen, die es sich zum
5 Ziel gemacht haben, die AIDS-Epidemie bis 2030 zu beenden. Damit hat sich
6 Berlin verpflichtet, die 90-90-90-Ziele von UNAIDS bereits bis 2020
7 umzusetzen.

8 90-90-90 bedeutet: 90% der HIV-infizierten Menschen kennen ihren Status,
9 90% dieser Menschen sind in Behandlung und bei 90% der Behandelten ist
10 eine nachhaltige Senkung der Viruslast erreicht. Ein weiteres Ziel ist der
11 vollständige Abbau von Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen
12 mit HIV (zero discrimination).

13 Die Präventionsarbeit in Deutschland ist vorbildlich. Neue Ansätze, die den
14 Präventionsbaukasten erweitern, gilt es deshalb zu nutzen. Die
15 medikamentöse Prophylaxe vor einer HIV-Ansteckung,
16 Präexpositionsprophylaxe (PrEP) genannt, ist ein solcher, erfolgreicher
17 Ansatz. Hier ist noch einiges zu tun. Hier müssen Kräfte in Berlin und
18 Deutschland gebündelt werden.

19 Deshalb werden die SPD Abgeordnetenhausfraktion, die SPD Senatoren und
20 die Berliner SPD-Mitglieder des Bundestags aufgefordert, folgende
21 Forderungen umzusetzen:

- 22 1. Die Kosten einer PrEP müssen zumindest für die Risikogruppen, analog zu den
23 Leitlinien von UNAIDS und der WHO (bspw. Männer, die häufig wechselnde
24 männliche Sexualpartner haben), in Deutschland übernommen werden.
- 25 2. Die Akteure des Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) werden
26 aufgefordert, die Aufnahme der PrEP in den Leistungskatalog der
27 gesetzlichen Krankenkassen zu prüfen. Sofern notwendig, fordern wir die
28 Berliner SPD-Landesgruppe in der Bundestagsfraktion auf, entsprechende
29 gesetzliche Anpassungen in den Bundestag einzubringen und ihren
30 Beschluss zu fordern.
- 31 3. Die PrEP muss langfristig einkommensunabhängig für jede*n zugänglich
32 sein.
- 33 4. Die Hersteller von PrEP-Medikamenten fordern wir auf, die Preise den
34 Herstellungskosten anzugleichen, die nur einen Bruchteil des aktuellen
35 Verkaufspreises betragen.
- 36 5. Die PrEP muss in das bestehende Präventionskonzept unter Einbeziehung der
37 Ärzteschaft, der öffentlichen Gesundheitsfürsorge sowie der freien Träger

- 1 eingebettet werden. Dies beinhaltet bspw. eine ausführliche Beratung und
 2 begleitende Testangebote für weitere sexuell übertragbare Krankheiten. Die
 3 guten Behandlungsmöglichkeiten im Falle eines positiven Testergebnisses
 4 bzw. das Angebot einer PrEP bei einem negativen Test können dabei als
 5 Anreiz dienen, sich regelmäßig auf alle sexuell übertragbare Krankheiten
 6 kontrollieren zu lassen. Hierzu müssen die finanziellen Mittel in Berlin
 7 sichergestellt und dem Bedarf regelmäßig angepasst werden.
- 8 6. Wir werden gegen noch bestehende Diskriminierung und Stigmatisierung
 9 von HIV-positiven Menschen konsequent vorgehen. Die SPD Berlin wird
 10 darauf hinwirken, dass ein aktuelles Bild von Menschen mit HIV vermittelt
 11 wird. Wir fordern dazu eine Berliner Aufklärungskampagne. Diesbezügliche
 12 Projekte in Berlin werden bedarfsgerecht ausgestattet.
- 13 7. Ein Pilotprojekt zur PrEP mit niedrigschwelligen Testangeboten und einem
 14 freien Zugang zu den Medikamenten wird in Berlin eingerichtet und
 15 finanziell gefördert.

16 Begründung:

17 AIDS geht jeden Menschen an. Mit dem Beitritt zur Fast-Track Cities Initiative
 18 hat Berlin sich verpflichtet, die 90-90-90-Ziele der UNAIDS bis 2020
 19 umzusetzen.

20 Vorbeugen statt Behandeln war schon immer die oberste Priorität für die SPD
 21 und SPDqueer. Dies gilt besonders für die weitere Ausbreitung des HI-Virus.

22 Die medikamentöse Prophylaxe vor einer HIV Ansteckung, allgemein PrEP
 23 (Präexpositionsprophylaxe) genannt, ist seit 2012 in den USA erhältlich.
 24 Seitdem sinken die Zahlen der diagnostizierten Neuinfektionen in den USA
 25 kontinuierlich. In England ist sie seit 2015 verfügbar und die HIV-
 26 Neuinfektionen sind in 2016 um 40% gesunken. Die PrEP ist seit Oktober 2016
 27 auch in Deutschland zugelassen. Allerdings müssen die aktuellen Kosten von
 28 etwa 10.000€ pro Jahr (bei täglicher Einnahme) privat bezahlt werden. Dies
 29 ist nicht sozial verträglich.

30 Die oben genannten Forderungen werden dabei helfen, die Ziele, die sich
 31 Berlin gesteckt hat, zu verwirklichen. Ohne die Realisierung der Forderungen
 32 wird es Berlin nicht gelingen, die AIDS-Epidemie zu beenden.

33

1 **Antrag A2: Fragenkatalog für das Gespräch mit den Berliner MdB**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der SPDqueer Berlin hat beschlossen
4 (einstimmig):

5 Bei Beschluss Weiterleitung um Beantwortung durch die
6 Kandidierenden in den zwölf Bundestageswahlkreisen Berlins:

7 Die SPDqueer Berlin wird im Jahr 2017 im Bundestagswahlkampf unsere
8 Kandidierenden unterstützen. Wir wollen, dass am 24. September 2017
9 die SPD in Berlin und in Deutschland wieder stärkste Kraft wird. Wir
10 wollen, dass am 24. September 2017 Angela Merkel durch Martin Schulz
11 als Bundeskanzler abgelöst wird.

12 Wir wollen aber auch, dass unsere für den Bundestag Kandidierende
13 sich für die Belange queerer Menschen einsetzen und Ungleichheiten
14 und Diskriminierungen konsequent beseitigen. Nach vier Jahren GroKo
15 wollen wir von der Kandidierenden wissen, wie sie zu unseren
16 Forderungen stehen. Deshalb stellen wir folgende Fragen an die
17 Kandidaten der SPD Berlin für den Bundestag:

18 1) Diese Frage gilt nur für die bisherigen Berliner SPD MdB: Sprichst Du
19 Dich für eine mögliche Abstimmung in dieser Legislaturperiode (18. WP)
20 zur Öffnung der Ehe mit vollem Adoptionsrecht aus? Wenn nein, warum
21 nicht?

22 2) Wirst Du Dich bei dieser Abstimmung dann unabhängig von
23 Koalitionsdisziplin für die Eheöffnung aussprechen? Wenn nein, warum
24 nicht?

25 3) Ist die Verwehrung der Ehe für Homosexuelle für dich eine
26 Menschenrechtsverletzung? Wenn nein, warum nicht?

27 4) Unterstützt du die Beschlusslage der SPD Berlin, dass es keine Koalition
28 auf Bundesebene geben kann, ohne dass die Öffnung der Ehe mit
29 vollem Adoptionsrecht im Koalitionsvertrag stehen wird?

30 5) Was wirst du im Bundestag dagegen unternehmen, dass offen
31 gleichgeschlechtlich Lebende ihren Job verlieren können, wenn sie
32 ihrem konfessionell gebundenen Arbeitgeber mitteilen, dass sie eine
33 Verpartnerung eingegangen sind?

34 6) Was muss passieren, dass in Deutschland für wirklich alle Betriebe das
35 Betriebsverfassungsgesetz gültig ist?

- 1 7) Wenn ein gleichgeschlechtliches Ehepaar aus Spanien oder Finnland
2 nach Deutschland zieht, wird die Ehe der beiden nicht in Deutschland
3 anerkannt. Wie kann dieses Problem in Deutschland gelöst werden?
- 4 8) Ist für dich die Präexpositionsprophylaxe (PrEP) ein Weg um die 90-90-
5 90-Ziele von UNAIDS umzusetzen?
- 6 9) Das Transsexuellen-Gesetz in seiner aktuellen Fassung ist vom 01.
7 Januar 1981 (letzte Änderung am 17. Juli 2009). Ist es aus deiner Sicht
8 noch zeitgemäß? Was würdest du daran verbessern wollen?
- 9 10) Geschlechtsanpassende Eingriffe bei Säuglingen ohne eindeutige
10 primäre Geschlechtszuordnung (Intersexuelle) werden noch immer in
11 der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Sind solche Eingriffe in
12 die Selbstbestimmung der sexuellen Identität bei einer noch nicht
13 entscheidungsfähigen Person vertretbar? Wenn nein, wie sollte der
14 Gesetzgeber das regeln?
- 15 11) Der demographische Wandel bedingt einen Wandel und
16 Sensibilisierung in der Altenpflege auch für queere Menschen. Was sind
17 aus deiner Sicht die wesentlichen Punkte, um eine Verbesserung der
18 Standards zu erreichen?
- 19
20

1 A 3 – Änderungsantrag zum Antrag aus Pankow „Verankerung der Akzeptanzförderung
2 von Vielfalt im Berliner Schulgesetz

3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

4 Der am 25. März 2017 auf der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Pankow
5 beschlossene Antrag ist wie folgt zu ändern:

6 In Zeile 3: Ergänze nach „Akzeptanzförderung von Vielfalt“: „und das Verbot von
7 Diskriminierung“

8 In Zeile 3: Ergänze nach „hierzu soll“: „zunächst in Paragraph 2 des Berliner
9 Schulgesetzes (‚Recht auf Bildung und Erziehung‘) Abs. 1 die bisherige Formulierung
10 (‚Jeder junge Mensch hat ein Recht auf zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung
11 ungeachtet seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft,
12 einer Behinderung, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen
13 Identität und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung seiner
14 Erziehungsberechtigten.‘) ersetzt werden durch ‚Jeder Mensch hat ein Recht auf
15 zukunftsfähige schulische Bildung und Erziehung ungeachtet einer möglichen
16 Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Geschlechtsidentität, der
17 Hautfarbe, des Lebensalters, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität
18 und des sozio-ökonomischen Status und der Sprache.‘ und“

19 In Zeile 8: Ersetze „Geschlecht, Sprache, Alter, Herkunft, Gesundheit/Behinderung,
20 religiöse und politische Anschauungen, sexuelle und geschlechtliche Identität sowie die
21 wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung“ durch „Behinderung, ethnische Herkunft,
22 Geschlecht, Geschlechtsidentität, Hautfarbe, Lebensalter, Religion, Weltanschauung,
23 sexuelle Identität, sozio-ökonomischer Status und Sprache.

24 In Zeile 10: Ergänze nach „widerspiegeln“: „Darüber hinaus ist in Paragraph 1 des Berliner
25 Schulgesetzes („Auftrag der Schule“) das Verbot von Diskriminierung, einschließlich
26 einer Begriffsdefinition und des Geltungsbereichs zu verankern.

27

1 *Begründung*

2 *Die Koalitionsvereinbarung 2016-2021 bekennt sich explizit zur Verankerung der*
3 *Akzeptanzförderung von sexueller Vielfalt im Berliner Schulgesetz (S. 105), sowie dazu,*
4 *Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zur tatsächlichen Durchsetzung zu*
5 *verhelfen (S. 112).*

6 *Die aufgeführten diskriminierungsrelevanten Merkmale sollten in §§ 2 und 16 SchulG*
7 *konsistent sein und dem aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand entsprechen,*
8 *folglich ist auch § 2 zu aktualisieren und um die fehlenden Merkmale zu ergänzen.*

9 *Das Berliner Schulgesetz weist im Hinblick auf die Umsetzung diskriminierungsfreier*
10 *Bildung deutliche Schutzlücken auf, die nicht ausreichen, um Einzelnen ein Recht auf*
11 *diskriminierungsfreie Bildung einzuräumen und auch durchsetzen zu können. Bisher*
12 *normiert es an keiner Stelle ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot,*
13 *Verfahrensregelungen oder Rechtsfolgen. Ein effektiver Schutz vor Diskriminierung ist*
14 *nur mit gesetzlicher Definition von Diskriminierung und Diskriminierungsmerkmalen*
15 *und der Festlegung von Sanktionen im Diskriminierungsfall möglich. Ein*
16 *Diskriminierungsverbot für den Bildungsbereich leitet sich auch aus der Richtlinie*
17 *2000/43/EG zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der*
18 *Rasse oder der ethnischen Herkunft, kurz Antirassismusrichtlinie, ab, das im Schulgesetz*
19 *auf alle Merkmale angewendet werden muss.*

20

1 **A 4 – Resolution Wir schreien es laut: „Hört auf mit der Verfolgung von Homosexuellen**
 2 **in Tschetschenien!“**

3 Wir schreien es laut: „Hört auf mit der Verfolgung von Homosexuellen in
 4 Tschetschenien!“ Auf einer Pressekonferenz in Amsterdam am 8. April 2013, während
 5 eines offiziellen Besuchs Putins in den Niederlanden, hat sich der Präsident der
 6 Russischen Föderation zur Fragen der Menschenrechte Homosexueller in Russland
 7 geäußert. Er sagte damals, es würden keinerlei Rechte sexueller Minderheiten in
 8 Russland beschnitten, denn sie „genießen alle Freiheiten und Rechte wie die übrigen
 9 Bürger Russlands“. Wenn dieser Satz jemals wahr war, dann muss Wladimir
 10 Wladimirowitsch Putin sich in der autonomen Republik Tschetschenien mit all seiner
 11 Macht dafür einsetzen, dass die Entrechtung der dort verfolgten und ermordeten
 12 Homosexuellen durch den dortigen Präsidenten Ramsan Achmatowitsch Kadyrow
 13 Einhalt geboten wird. Waldimir Wladimirowitsch Putin, homosexuelle Handlungen sind
 14 in Russland legal! Schreiten Sie in Tschetschenien ein, wenn Sie es ernst damit meinen,
 15 dass sie der Präsident aller Menschen in der Russischen Föderation sind! Schützen Sie die
 16 Homosexuellen in Tschetschenien! Veranlassen Sie die unverzügliche Freilassung aller
 17 inhaftierter Homosexuellen in Tschetschenien. Sie haben die Macht dazu und tragen die
 18 Verantwortung dafür.

19

20 1) Die SPDqueer Berlin fordert darüber hinaus alle politischen Ebenen in der
 21 Bundesrepublik auf, sich lautstark mit den verfolgten Homosexuellen in
 22 Tschetschenien zu solidarisieren und alles erdenklich Mögliche zu unternehmen,
 23 um der Verfolgung und Ermordung der Homosexuellen in Tschetschenien Einhalt
 24 zu gebieten.

25

26 2) Die SPD Bundestagesabgeordneten aus Berlin fordert die SPDqueer Berlin auf,
 27 dass Thema mit den Ziel in die SPD-Bundestagsfraktion einzubringen, dass der
 28 Bundestag die Verfolgung von Homosexuellen in Tschetschenien verurteilt.